

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlig, Bernsdorf, Nisdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Mendorf, Ortmannsdorf, Rülzen St. Nicola, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermüllern, Ruffschappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 3

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Mittwoch, den 5. Januar.

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1910.

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Abbestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Poststraße Nr. 6b, alle Kaiserlichen Postämtern, Postboten, sowie die Anstrenger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für ausserörtliche Inserate mit 15 Pfg. berechnet. Kleinanzeigen 30 Pfg. am amtlichen Stelle kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. Fernsprech Anschluss Nr. 7. Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Das Wichtigste.

- König Friedrich August ist zur Teilnahme an der Vermählungsfeier an Weimarer Hofe in Weimern eingetroffen.
- Der Prinzregent von Bayern leidet an verstärktem Bronchialkatarrh.
- Die Offiziere und Mannschaften der türkischen Armee beschloßen, ihr Gehalt von zwei Monaten in Noten für Flottenzwecke zu stiften.
- In Wien traten am Montag die Vertreter der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns zur Vorbereitung eines Reichshilfsvertrags zusammen.
- In Nordhumbertland und Durham haben 23 000 Bergarbeiter wegen Verweigerung des Achtstundentages die Arbeit eingestellt.
- Auf dem Schlossee von Briesen sind 6 Kinder eingebrochen und ertrunken.

Die Sprachenfrage im Elsaß.

Während die Estmarkenfrage seit langen Jahren die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt und der preussische Staat mit umfassenden Mitteln den Kampf gegen das Polentum aufgenommen hat, ist im Westen des Reiches langsam eine elssässische Frage herangerückt, mit der man diesseits der Reichslande sich nun allmählich auch wird eingehender befassen müssen. Der Reichstag hat sich bereits vor Weihnachten bei der allgemeinen Besprechung des Etats mit ihr beschäftigt und dürfte bald wieder durch sie in Anspruch genommen werden, da ihm mehrere Anträge vorliegen, die eine Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse Elsaß-Lothringens bezwecken. Was aber die Gemüter im Elsaß zurzeit am meisten bewegt, sind nicht so sehr die Formen seiner staatsrechtlichen Existenz wie Fragen der inneren Auseinandersetzung zwischen Alt-Elsässern und eingewanderten Deutschen. Wir haben es hier im wahren Sinne des Wortes mit einem Kulturkampf zu tun, mit einem Kampf um die höhere Kultur, dessen beherrschenden Mittelpunkt die Sprachenfrage bildet.

Für den Umcgewichten ist es nicht leicht, sich in dem Gewirre der gegeneinander streitenden Gegensätze und Interessen zurechtzufinden. Ihm sei deshalb eine kleine, im Verlage von G. Speidel, Zürich, erschienene Schrift empfohlen, die den Titel führt: „Deutschlands Unfähigkeit, das Elsaß zu entwickeln“, und als deren Verfasser Ernst Traugott Ehrlich zeichnet. Die Schrift erhebt nicht den Anspruch, das vorliegende Problem in aller Gründlichkeit zu durchleuchten, sie legt vielmehr des älteren Kenntnis von Personen und Verhältnissen voraus, mit denen man außerhalb der Reichslande nicht überall in gleichem Maße vertraut sein wird wie der Verfasser. Aber die Schrift dürfte viel Leset dazu anregen, die näher Bekanntheit mit diesen Dingen zu suchen, und eine gesteigerte Anteilnahme an den Vorgängen im Elsaß wäre aus den verschiedensten Gründen mit Freude zu begrüßen. Der Verfasser wird nicht erwarten können, daß man seinem Urteil über den bisherigen Gang der Entwicklung seit 1870 und ihren künftigen Verlauf ohne weiteres beitrifft, er wird gewiß damit zufrieden sein, wenn es ihm gelingen sollte, durch sein Schreiben die Aufmerksamkeit auch solcher Kreise auf die Bedeutung der elssässischen Sprachenfrage zu lenken, die von deren Existenz bisher kaum eine Ahnung hatten. Zu wünschen wäre jedenfalls, daß er mit seiner Abweisung staatslichen Zwanges gegenüber der Bewegung im Elsaß, überall, auch an den entscheidenden Stellen in Straßburg und Berlin, Gehör fände. Die Erfahrungen in der Estmark vertragen, selbst wenn sie unbestritten wären, keine Verallgemeinerung. Am allerwenigsten erscheint ihre Anwendung auf unser weisses Grenzland geraten, dessen empfindsame Bevölkerung mit Freiheit viel leichter zu lenken ist als mit den Mitteln des Zwanges und der Bevormundung. Der Verfasser lebt der Zuversicht, daß die reichslän-

dische Bevölkerung für sich allein imstande sein werde, durch unermüdete Aufklärungsarbeit die „Entwicklung“ des Elsaß zu erreichen und damit seine dauernde Verknüpfung mit dem deutschen Stammlande zu sichern. Mit dieser Auffassung wird er hoffentlich, den nationalen Beißhormen zum Trotz, die in beiden Lagern ihre Stimme immer lauter erheben, recht behalten.

Deutsches Reich.

Dresden. (Der sächsische Landtag) wird nach Ablauf der Feiertagszeit wieder zu seinen Beratungen zusammengetreten und zwar hält die Erste Kammer bereits am 7. Januar eine Sitzung ab, in der sie sich mit verschiedenen kleineren Vorlagen, die von der Zweiten Kammer erledigt sind, beschäftigen wird. Die einzelnen Fraktionen der Zweiten Kammer beginnen ihre Arbeit auch in den ersten Tagen des Januar, worauf am 11. Januar vormittags 10 Uhr die öffentlichen Sitzungen wieder aufgenommen werden. In der ersten Sitzung sollen eine Anzahl Etatkapitel und Kapitel des Rechnungswesens erledigt werden, während für die Sitzung am Mittwoch, den 12. Januar, die Vorberatung eines von sozialdemokratischer Seite eingekommenen Antrages betreffend die Einrichtung einer Arbeitslosenfürsorge in Aussicht steht. Weiter werden in der ersten Woche voraussichtlich noch weitere Kapitel des Etat zur Erledigung kommen.

Berlin. Die neue Schießvorschrift für die Kavallerie ist an die Truppen ausgegeben worden. Aus ihr ist zu ersehen, daß die nunmehr in der ganzen deutschen Kavallerie ersetzte Einführung des Karabiners 1908 einen großen technischen Fortschritt bedeutet und daß an die Schießausbildung und die Tätigkeit der Kavallerie im Gesicht erhöhte Ansprüche gestellt werden. Der deutschen Kavallerie ist mit dem neuen Karabiner eine Schußwaffe in die Hand gegeben, die den besten Infanteriegewehren nahezu ebenbürtig ist. Die Treffgenauigkeit, Streuungsverhältnisse, beträchtlichen Räume und die Durchschlagskraft bieten besonders gute Leistungen und werden die Kavallerie befähigen, jede Gefechtsaufgabe mit Erfolg zu lösen, jedoch sie tolles Vertrauen zu ihrer Schußwaffe haben können. Die Ausbildung im Schießschießen und Gefechtschießen läßt sich auf die für die Infanterie maßgebenden Grundsätze; doch finden jagdgemäße Einschränkungen statt, damit die Ansprüche nicht über das für den Kavalleriedienst zulässige Maß hinaus gesteigert werden.

(Eine Teilung der Provinz Schleswig-Holstein in zwei Regierungsbezirke) wird, wie schon früher einmal, von Altona aus angeregt, da die Bevölkerungszahl des langgestreckten gegenwärtig einstufigen Regierungsbezirks Schleswig die durchschnittliche der übrigen Regierungsbezirke um 50 Prozent übersteigt. Man tritt, so wird aus viel berichtet, für die Abtrennung Schleswig-Lauenburgs von Schleswig, sowie für die Errichtung eines zweiten Regierungsbezirks mit Altona als Regierungssitz für die südliche Hälfte der Provinz ein. Die Abtrennung würde keine Schwierigkeiten machen, wenn die preussische Regierung sich zur Aufhebung ihrer Gesandtschaft in Hamburg und Übertragung ihrer Funktionen auf den Regierungsvorsitzenden in Altona entschließen.

(Eine Erkrankung des Prinzregenten von Bayern.) Wie aus München gemeldet wird, hat sich der Prinzregent von Bayern in den letzten Tagen eine Erkältung zugezogen. Der am Montag ausgegebene Krankheitsbericht besagt, der Prinzregent leide an einem durch Erkältung verstärkten Bronchialkatarrh ohne weitere Komplikationen. Bei genügender Schonung sieht Besserung in kurzer Zeit zu erwarten.

(Die Beschlagnahme russischer Staatsgelder in Berlin.) Wie dem „Berl. Bot.-Anz.“ aus Petersburg gemeldet wird, schlägt die „Komoje Brestja“ in der Besprechung der „Anhalt“-Affäre nach wie vor einen sehr scharfen Ton an. Sie protestiert entschieden gegen die Anrufung eines Schiedsgerichts, die sie als einen

höchst unüberlegten Schritt bezeichnet. Wenn Herr v. Delfsdorf Ansprüche an die russische Regierung habe, so dürfe nur ein ordentliches russisches Gericht darüber entscheiden. Daß die ganze Angelegenheit einen ausschließlich juristischen Charakter habe, sei lebhaft deutsche Auffassung. Für Rußland sei das rege Interesse, das Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg dem Streite widme, der beste Beweis dafür, daß auch diplomatische Seiten dabei mitklängen. Das Blatt fordert schließlich die Regierung auf, die 800 Millionen russische Staatsdepots aus Deutschland zurückzuziehen, um dieses Geld vor Abenteurern und Vandalen zu schützen.

Ausland.

Athen. Der Vorstoß gegen die griechische Militärliga. Der, wie gemeldet, von 53 Deputierten eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die Wiederaufnahme der im Herbst aus der Armee geschiedenen Offiziere hat, wie zu erwarten war, große Aufregung bei der Offizierliga hervorgerufen. Gestern Abend hat der leitende Ausschuss gegen die Botierung dieses Gesetzes, das er als direkt gegen die Liga gerichtet erachtet, protestiert. Die Deputierten behaupten dagegen, daß sie mit dem Gesetz nur die Wiedereinreihung zweier Offiziere bezweckten, die wegen Differenzen mit dem Kronprinzen ausgetreten seien. Natürlich ist dies nur ein Vorwand. In Wirklichkeit handelt es sich darum, der Liga einen tödlichen Schlag zu versetzen.

Barcelona. Generalkrieg? Im Hinblick auf den Generalkrieg sind alle Truppen in den kasernen konfiguriert. Auch Verstärkungen sind bereits eingetroffen. Zum Generalkrieg in Barcelona wird noch gemeldet, daß noch mehrere große Getreidemagazine gezwungen wurden, die Arbeiten in ihren Betrieben einzustellen, was zur Verschlechterung der Situation beigetragen hat. Der Zweck der Bewegung ist eine allgemeine Amnestie für die Verurteilten der Katalanischen Unruhen durchzuführen.

Konstantinopel. Die Türkei beim Notentwurf. Die Blätter melden, die Offiziere und Mannschaften der ganzen Armee haben beschloßen, ihr Gehalt von zwei Monaten in Noten für Flottenzwecke zu stiften. Auch sonst wird in der Provinz die Subskription für die Flotte eifrig betrieben. Der Flottenverein soll in der nächsten Zeit dem Schatz als erste Rate 150 000 Pfund zum Ankauf eines Kriegsschiffes überweisen. Die Regierung denkt behufs des Wiederaufbaues der Flotte eine innere Anleihe aufzunehmen. Der Generalkriegsminister der Marine trat gestern eine Reise an, um erst die in Genoa in Bau befindlichen rüchlichen Kreuzer und dann die Dreadnoughts in England zu besichtigen. Die Notabeln von Drama werden für die Flotte einen Torpedobootsbeschreiber stiften.

Petersburg. (Unterirdische.) Im Major des russischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten sind große Unterirdische festgestellt worden. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Aus Nah und Fern

Lichtenstein, 1. Januar 1910.

Januar. Der Januar, der den Jahresreigen eröffnet, hat wie die andern Monate seinen Namen aus dem Lateinischen. Er war dem lateinischen Sonnengotte Janus geweiht, der mit zwei Gesichtern bargefesselt wurde, das eine vorwärts, das andere rückwärts gerichtet. Janua heißt im Lateinischen die Tür. So schaut der 1. Januar am Eingangstor des neuen Jahres rückwärts ins alte und vorwärts ins neue Jahr. Der alte deutsche Name des Monats ist Hartuna, der Darle, und in der Tat liegt auch der Januar der älteste Monat im Jahre zu sein. Kälte und Schnee wünscht sich auch der Landmann im Monat Januar. Die Natur braucht eben ihre Winterruhe, und so dauernd sie geruht hat, desto kräftiger wird sie dann zur rechten Zeit ihre Triebe entfalten. Doch aber warme Witterung im Januar das Leben in der Natur

ter,
müssen
r.
dorf.
hauf,
Gesangs-
blücht einladet
udolph.
iner geehrten
nsche
achfg.
berci.
t.
Gallberg
en am Goh-
ar.
hnet
Löblig.
inderwertigen
ue
itte
S,
Markt 120,
Pfund, sowie
ffee
nds.
schmalen-
uße mit
pantoffel
Arbeiten,
mit u. ohne
Markt.

Liebe
un-
arz